



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Europäische Grundsatzreden von 1946 bis 2006

## Romano Prodi

Rede vor dem Institut d'Etudes Politiques

Paris, 29. Mai 2001

Herr Direktor, meine Damen und Herren,

[...]

Im Vaterland von Jean Monnet und Robert Schuman, diesem Land, das eine ehrgeizige Vision von der Rolle der Europäischen Union in der Welt hat, möchte ich nicht auf institutionelle Überlegungen eingehen. Ich möchte nicht über die heutige Kommission sprechen, sondern über das Europa von morgen.

Es gibt Momente, wo die Geschichte die Völker vor eine entscheidende Wahl stellt. Für die Europäer ist nach meiner Überzeugung dieser Moment gekommen. Die Globalisierung führt zu ähnlichen Umwälzungen wie die Entdeckung Amerikas vor fünf Jahrhunderten: Die Welt wird kleiner, der Austausch von Ideen und Waren nimmt zu.

Allein verfügen unsere Nationalstaaten nicht mehr über die kritische Masse, um etwas bewegen zu können. Den Lauf der Dinge werden die Völker beeinflussen, die sich dieser einschneidenden Veränderung bewusst geworden sind. Die anderen werden zu Passivität verurteilt sein.

Angesichts solcher Umwälzungen verfügen die Europäer zumindest über drei große Trümpfe.

Der erste Trumpf ist unser Wirtschafts- und Handelsgewicht: Vom Gemeinsamen Markt zum Binnenmarkt, vom Binnenmarkt zum Euro, unsere Erfolge sind greifbar. Auf die uns gestellten Herausforderungen haben wir nach und nach geeignete, originelle Antworten gefunden. Wenn man bedenkt, dass in Europa noch bis vor kurzem die wirtschaftliche Abschottung den Ton angab und Unternehmen und Finanzmärkte durch starre Regulierung eingeschränkt wurden, sind die Fortschritte unserer Volkswirtschaften beeindruckend.

Unser zweiter Trumpf ist die Erweiterung, denn dadurch kann die Union ihren Einflussbereich auf den gesamten Kontinent ausdehnen. Im Zuge der Erweiterung wird Europa wiedervereinigt und ein wichtiges, internationales Machtzentrum entstehen. Doch dieses Gebilde wird nicht nur über Macht, sondern auch - und dies macht seine Besonderheit

aus - über ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl verfügen, das durch die Geschichte geprägt wurde. Mit der Erweiterung gehen fünfzig Jahre der ideologischen Teilung zu Ende. Die Erweiterung ist auch der definitive Sieg der Demokratie über den Totalitarismus, der sich auf die Niederlage des Nazismus und Faschismus sowie den Fall der Berliner Mauer gründet. Die erweiterte Union wird über Macht verfügen, aber niemals dominierend auftreten.

Der dritte und in meinen Augen wichtigste Trumpf der Europäischen Union ist ihr geistiges Kapital, das aufgrund der Vielfalt ihrer Kulturen, des hohen Bindungsniveaus der Bevölkerung und der tiefverwurzelten demokratischen Traditionen unersetzbar ist.

Angesichts dieser Trümpfe brauchen wir keine Angst vor der Globalisierung zu haben; vielmehr können wir daraus optimalen Nutzen ziehen.

Für nahezu 90% der europäischen Bürger gehört es zu den vorrangigen Aufgaben der Union, Frieden und Sicherheit zu wahren sowie Arbeitslosigkeit, organisierte Kriminalität und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Allerdings zeigen dieselben Bürger kaum Interesse daran, wie die Union funktioniert. Deshalb ist es an der Zeit, Europa anders zu gestalten.

Die Gründerväter hatten zu heikle, politische Fragen absichtlich ausgeklammert. Der historischen Tradition Europas folgend, wo Händler häufig als Wegbereiter fungierten, fiel die Annäherung der Wirtschaft und dem Handel zu.

Ihre Idee war es, eine äußerst hohe politische Ambition, die von Anfang an vorhanden war, in konkrete, quasi technische Entscheidungen umzusetzen. Ein solcher "Umweg" hat das Handeln ermöglicht. Die Annäherung konnte schrittweise erfolgen. Der Weg führte von der Konfrontation zur Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich und weiter zur Integration.

Meine Überzeugung ist, nach den sukzessiven Anpassungen (einheitliche Akte, Maastricht, Amsterdam, Nizza) hat diese Methode, die den Sachzwängen und Zielsetzungen der Vergangenheit entsprach, heute ihre Grenzen erreicht. Die Methode muss modernisiert werden, denn in der Europäischen Union sind die "präpolitischen" Zeiten vorbei: Nach den Händlern ist es nun an den Völkern, die Europäische Union aufzubauen; die Gesellschaft als Ganzes ist gefragt.

Heute sind die internationalen und nationalen Voraussetzungen für eine echte Politisierung des Europäischen Aufbauwerks gegeben: Es ist an der Zeit, unsere Zukunft in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Es ist an der Zeit, das politische Europa aufzubauen.

Wenn wir das "Europäische Projekt" neu definieren und unsere Ziele klar herausstellen, können wir dazu beitragen, dass sich die Europäer mit Europa identifizieren.

Ich möchte noch nicht darauf eingehen, welche Form die Union letztlich annehmen soll; ich möchte lediglich versuchen zu umreißen, welche Zielvorstellungen vorhanden sein müssen und was wir gemeinsam tun können. Dabei teile ich die gestrige Äußerung des französischen Premierministers Lionel Jospin, der sagte: "Europa ist in erster Linie ein politisches Projekt."

Bevor institutionelle Verhandlungen aufgenommen werden, müssen wir zunächst unsere Ziele definieren. Nur wenn eine vorherige Klarstellung erfolgt, können wir uns mit Aktionsinstrumenten ausstatten, die unseren Ambitionen entsprechen. Außerdem müssen wir unsere Demokratie konsolidieren.

Auf diese drei Punkte möchte ich näher eingehen und hoffe, dass ich hier, an "Sciences-Po", mit dieser Gliederung nicht allzu sehr aus dem Rahmen falle.

### 1. Gemeinsame Ziele setzen

Im Sinne größerer Klarheit möchte ich unterscheiden zwischen den internen Zielen der Union und den Zielen, die sie nach außen verfolgt.

#### Interne Ziele

Die Ausrichtung ihrer künftigen Entwicklung müssen die Europäer ihrem bisherigen Erfolg entnehmen: Es gibt nämlich ein sicher nuancenreiches, vielgestaltiges aber uns sehr eigenes "europäisches Modell", das aus einem historischen Gleichgewicht zwischen dem Wohlstand einerseits und dem Streben nach einer solidarischen und offenen Gesellschaft andererseits entstanden ist.

Wohlstand und Solidarität sind zweifellos unsere wichtigsten internen Ziele. Und wir müssen auch eine gewisse Prosperität erreichen, um solidarisch sein zu können.

Unser derzeitiger Wohlstand wäre ohne den Binnenmarkt und den Euro nicht, was er ist. Diese haben eine Wirtschaftsmacht ersten Ranges aus uns gemacht, die es mit der Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten aufnehmen kann. Sie haben dafür gesorgt, dass sich unsere Unternehmen in einer sicheren Umgebung, ohne Handelsschranken und ohne Währungsrisiko entwickeln konnten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wurde gesteigert und die Inflation im Zaum gehalten. Dieser Erfolg stimmt mich optimistisch - vor einigen Jahren, als ich italienischer Ministerpräsident war, galt mit zwölf Staaten eine solche Zukunftsidee noch als unrealistisch ...

Nach der Erweiterung, die in einem Umfeld rascher technologischer Entwicklung vollzogen wird, kann der künftige große Binnenmarkt mit dem Beitrag von 500 Millionen Menschen rechnen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das Ergebnis für alle vorteilhaft sein wird.

Natürlich stellt sich auch im Zusammenhang mit der Erweiterung, unter einem anderen Blickwinkel, die Frage der Solidarität.

Es wird rasch der Moment kommen, wo wir über die gemeinsame Agrarpolitik von morgen und über die Strukturpolitik nach der Erweiterung sprechen müssen.

Welche Rolle sollen die Landwirte in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts spielen? Wie kann die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten und wie können die Interessen der Verbraucher geschützt werden? Sind wir nach wie vor bereit, die Regionen mit Entwicklungsrückstand zu fördern, und nach welchen Kriterien? Wie kann die Umverteilung in einem so großen Gebilde ohne dezentrale Verwaltung gewährleistet werden?

Nur eine Strategie auf europäischer Ebene kann zu den Synergien und der Ausgewogenheit führen, die für die gemeinsamen Politiken von morgen notwendig sind. Das Erfordernis eines globalen politischen Ansatzes ist kein Widerspruch zu neuen Formen der politischen Führung, die praxisbezogener, "horizontaler" sind und die regionalen und lokalen Körperschaften unmittelbarer einbeziehen.

Schließlich müssen wir daran denken, was heute das erste "W" der WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) bedeutet: Die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten gehorcht noch zu häufig den nationalen Interessen, obgleich uns der Euro die Möglichkeit gibt, die Risiken

zu teilen. Bestimmte Fragen tauchen auf: Ergreifen alle Staaten Maßnahmen, um die Konvergenz auf Dauer sicherzustellen? Wie können wir den Schwerpunkt auf die Vollbeschäftigung legen, ohne die anderen Wirtschaftsindikatoren zu vernachlässigen? Alle diese Aspekte müssen berücksichtigt werden, da der Binnenmarkt ohne eine kontinuierliche Förderung der Konvergenz und Integration zu zerfallen droht und der Euro nicht die Rolle in der Welt spielen wird, für die wir ihn geschaffen haben.

Zweitens ist es für die Erhaltung des "europäischen Modells" unerlässlich, dass wir den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft so weit wie möglich wahren.

Wenn wir ein solidarisches, oder - nach dem Motto der Französischen Republik- "brüderliches" Gesellschaftsmodell wollen, so müssen wir uns auch um Integration bemühen: Nur indem wir eine politische Union ausreichender Größe errichten, können wir unser Modell auf der Weltbühne behaupten. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Einkommensunterschiede in den meisten Industrieländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und Japan, aber auch in den meisten europäischen Ländern, immer größer werden.

Unsere Gesellschaft kann nicht unbeschadet zusehen, wie einige immer reicher werden und andere auf der Strecke bleiben. Aus ethischen wie ökonomischen Gründen müssen wir die Ungleichheiten, die unsere Gesellschaft auf eine Zerreißprobe stellen, bekämpfen.

Im Bewusstsein, dass es keine vollkommen egalitäre Gesellschaft geben kann, möchte ich vor den Gefahren warnen, die sich aus einer weiteren Vergrößerung dieser Unterschiede ergeben könnten. Unsere Gesellschaft würde daran zerbrechen. Auch wenn das Einkommensniveau heute höher ist als früher, glaube ich doch, dass die Belastungsgrenze bald erreicht ist.

Gemeinsam können wir eine "Neue Ökonomie nach europäischer Art" errichten, in der Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmertum positive Werte sind, der Mensch jedoch Maß aller Dinge bleibt. Wohlgemerkt geht es nicht um die europaweite Harmonisierung aller Sozialvorschriften. Es geht vielmehr darum, dass wir in unsere wirtschaftlichen Bestrebungen - wie dies inzwischen auch geschieht - sozialpolitische Ziele aufnehmen: Förderung der Beschäftigung, Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut.

Viele Fragen sind heute noch offen: Wieweit soll die Flexibilität des Arbeitsmarkts gehen? Wo beginnt soziale Not? Wie können wir verhindern, dass Millionen von Kindern in Familien aufwachsen, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt? Wie können wir die Millionen von Zuwanderern integrieren, die nach Europa gekommen sind?

Wie Sie wissen, wurden der Europäischen Union im Bereich der Sozialpolitik nur begrenzte Befugnisse übertragen.

Dies ist jedoch kein Grund, die Diskussion, welche Art von Gesellschaft wir wollen und welche Mittel für ihren Aufbau unerlässlich sind, nicht zu führen. Diese Frage ist alles andere als nebensächlich. In der neu eröffneten Debatte um die Zukunft Europas muss sie an erster Stelle stehen. Um den sozialen Erwartungen der Unionsbürger gerecht zu werden, muss die Union auch hier beherzte Entscheidungen treffen und zu diesen Entscheidungen stehen; kurzum, sie muss regiert werden.

Ebenso dürfen wir auch die Umwelt nicht außer Acht lassen: Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass die Wirtschaft der Union auf dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung fußt. Einigen mag dieser Begriff abstrakt erscheinen. Für Sie, für junge Menschen, ist er es jedoch nicht: Er steht für Solidarität zwischen den Generationen.

Auf dem Gipfel von Göteborg in zwei Wochen wird das Thema Nachhaltigkeit auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs ganz oben stehen.

Wo können wir den Sinn unserer Union und ihren Mehrwert denn auch besser ermessen als im Bereich von Umwelt, Wirtschaft und Sozialem? Die jüngsten Ereignisse (BSE, MKS) haben gezeigt, welche katastrophale Folgen eine kurzfristige und auf nationale Belange beschränkte Politik haben kann. Folgen, die in Wirklichkeit viel teurer zu stehen kommen als Prävention und konzertierte Aktion auf europäischer Ebene.

Die Union muss regiert werden, d.h. ihre Entscheidungen müssen getroffen werden, indem die langfristigen Folgen bedacht werden und über kurzfristige Erwägungen und die politischen Sachzwänge des Augenblicks hinausgegangen wird.

Und schließlich muss sich die Union für größeren sozialen Zusammenhalt einsetzen. Dies setzt voraus, dass wir den Drogen- und Menschenhandel, das organisierte Verbrechen und alle anderen Übel bekämpfen, denen ein Staat allein nicht Herr werden kann.

All diese Fragen, all diese unionsinternen Ziele, auf die ich an dieser Stelle nur kurz eingehen konnte, sind höchst politisch. Sie erfordern ein politisches Vorgehen und verlangen Antworten, die unter voller Einbindung der Bürger und ihrer Vertreter gefunden werden.

#### Die externen Ziele

Nach diesem Umriss der wichtigsten internen Ziele der erweiterten Union möchte ich nun auf unsere externen Ziele zu sprechen kommen.

Eine Macht im Werden, d.h. eine "potenzielle Macht" zu sein, ist die paradoxe Lage, in der sich Europa heute in der Welt befindet.

Wir dürfen uns damit nicht abfinden! Die Union von Morgen, eine Union, die sich vom Mittelmeer bis zum Nordpol, vom Atlantik bis zu der weiten osteuropäischen Ebene erstreckt, wird auf der Weltbühne mit einer einzigen Stimme sprechen müssen. Nur wenn wir diese Voraussetzung erfüllen, werden wir Gehör finden und wirksam handeln können. Dies ist unverzichtbar, wenn die Union eine bedeutende Rolle im weltweiten Regieren spielen will. In den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten hat der Rechtsstaat bereits das brutale Machtspiel ersetzt. Nach so vielen blutigen Kriegen haben die Europäer ein "Recht auf Frieden" eingefordert. Dies erlaubt es uns, eine ganz besondere Rolle zu spielen; indem wir die Integration vollenden, geben wir der Welt das gelungene Beispiel für eine Methode des Friedens.

In der Union ist das jeweilige Gewicht der Mitgliedstaaten nicht das alleinige Kriterium und die Bildung von Allianzen nicht an der Tagesordnung. Kurz gesagt, die Macht wird nur abgeschwächt ausgeübt. Dies ist eine große Errungenschaft, mit der im Weltmaßstab die Spielregeln eingeführt werden könnten, die im Hinblick auf die Globalisierung erforderlich sind. Es ist uns auch gelungen, Abstimmungsverfahren zu entwickeln, die mit dem demokratischen Prozess in Einklang stehen, während viele internationale Organisationen, denen die Einstimmigkeit vorgegeben ist, in diesem Bereich nur kleine Fortschritte machen.





Ohne gegenüber den Andern aggressiv und hochmütig aufzutreten, können wir auf unser Werk stolz sein und im gemeinsamen Interesse daran arbeiten, es zu erhalten.

Das erste externe Ziel der Union wird es sein, die Sicherheit der Europäer zu gewährleisten und ihnen die angestrebte politische Stabilität zu geben.

Gemäß den von Frankreich und dem Vereinigten Königreich mit der Erklärung von Saint-Malo festgestellten Grundsätzen hat die Union ihre Schlussfolgerungen aus den Balkankriegen des vergangenen Jahrzehnts gezogen. Sie hat in sehr kurzer Zeit eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik formuliert und beschlossen, bis zum Jahr 2003 eine schnelle Eingreiftruppe bestehend aus 60000 Soldaten einsatzfähig zu machen.

Um dieses Vorhaben konkret umsetzen zu können, müssen die Armeen unserer Mitgliedstaaten tiefgreifend umorganisiert und die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Um ein wirklicher Akteur im Bereich der Sicherheit zu werden, muss die Union verbindlich bestimmte Fragen beantworten, denen bisher ausgewichen wurde, wie z.B. die Frage, für welche Sache wir bereit wären gemeinsam zu sterben, in welchem Maße man durch technische Vorkehrungen Stabilität exportieren kann, ab welchem Punkt man Menschenleben wird einsetzen müssen? Kann eine Einrichtung, der die politische Einheit fehlt, sich langfristig darauf beschränken, Gelder zu verteilen? Ist die Union mit ausreichenden finanziellen und technischen Mitteln ausgestattet, um ihre eigene Sicherheit gewährleisten zu können?

Dies sind einige Fragen für eine ernste politische Debatte im nobelsten Sinne dieses Wortes.

Die Union wird insbesondere die Zersplitterung und Komplexität ihrer außenpolitischen Instrumente überwinden müssen.

Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Die Europäische Union wird im Bereich des Außenhandels respektiert, weil sie eine starke und einheitliche Außenhandelspolitik führt. Eine Handelspolitik reicht jedoch nicht aus, um Außenpolitik zu betreiben und auf der Weltbühne seine Rolle zu spielen.

Die Außenpolitik der Union spricht jedoch noch keine deutliche Sprache. Aufgesplittert auf die nationalen Diplomaten, den mit dem Vertrag von Amsterdam geschaffenen hohen Vertreter und die Kommission ist sie noch nicht erwachsen.

Dies ist nach meiner Überzeugung jedoch der Bereich, wo die politische Union zügige Fortschritte erzielen kann. Gelingt dies nicht, würde die Union die Schaffung eines mächtigen Mehrwertes verpassen.

Nicht zu vergessen ist auch ein weiteres externes Ziel, nämlich die dringende Verwirklichung des Umweltschutzes im Bereich der Artenvielfalt, der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Erwärmung der Erdatmosphäre.

In der letzteren Frage ist die Europäische Union uneingeschränkt entschlossen, für das Übereinkommen von Kyoto zu kämpfen. Hierbei geht es um eine führende Rolle Europas und vor allem um unser Verantwortungsgefühl.

Trotz verbleibender Unwägbarkeiten stimmt die Mehrzahl der Wissenschaftler darin überein, dass ein politisches Handeln dringlich ist. Es kann nicht hingenommen werden, dass die Industrieländer, die CO<sub>2</sub> in großem Umfang produzieren, sich ihrer Verantwortung entziehen. Wie ich es bereits gegenüber der französischen Presse geäußert habe, sind wir willens, mit den Vereinigten Staaten über ihre möglichen Schwierigkeiten zu sprechen, jedoch nicht bereit, auf das Übereinkommen zu verzichten. Im gegenwärtigen Zustand ist das Kyoto-Protokoll, das Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen, die bestmögliche Option.

Somit fehlt kein Stoff für vertieftes Nachdenken. Sämtliche Grundfragen, jeglicher Versuch, der Union die Ziele vorzugeben, die von den Herausforderungen der Globalisierung gestellt werden, münden in die einfache Feststellung ein: Die Union benötigt mehr Kohärenz und in vielen Schlüsselbereichen mehr Integration.

Hier ist ein Quantensprung erforderlich.

2. Die Mittel der Union müssen ihren Zielen gerecht werden

Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, ein starkes, ein "mächtiges" Europa nur zu wollen. Man muss ihm dann auch die entsprechenden - institutionellen wie finanziellen - Mittel an die Hand geben, um diese Politik umzusetzen. Ebenso wichtig ist es, den

politischen Willensbildungsprozess zu ändern - die politische Debatte stellt einen Wert an sich dar.

#### Anpassung der Mittel

Wir befinden uns in einer kritischen Lage: nach Jahrzehnten des Fortschritts und der Erfolge kann die Union nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Ohne neue Dynamik, ohne dass die Mitgliedstaaten und die Organe der Gemeinschaft über ihren eigenen Schatten springen, wird die Erweiterung unseres Kontinents nur auf dem Papier stehen. Dort, wo die Bürger nach einer gerechteren Gesellschaft streben, würden wir ihnen nur eine Freihandelszone bieten. Ich möchte nicht, dass die Union zu einer bloßen Staaten-Gruppe verkommt, die in Handlungsunfähigkeit verharrt und großer politischer Entwürfe unfähig wäre.

Im Gegensatz zu einigen anderen sehe ich keine große Zukunft in der Vervielfachung sogenannter leichter Strukturen wie der "Sekretariate" oder der "Pilotausschüsse"; diesen würde es - nicht von ungefähr - an jeder politischen Autorität fehlen.

Die Demokratie würde Schaden nehmen, da Entscheidungen solcher informeller Instanzen weder transparent wären noch der Kontrolle durch das Europäische Parlament oder gar den Gerichtshof unterliegen würden.

Die gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahren bieten den Bürgern - ganz gleich was ihre Kritiker behaupten - zahlreiche Garantien. Dabei kann der entscheidende Beitrag des Europäischen Gerichtshofs nicht oft genug betont werden. Und es ist ein wirkliches Verdienst des Vertrages von Nizza, diesen gestärkt zu haben.

Nach einer Abwägung aller Gesichtspunkte komme ich, vorsichtig formuliert, zu dem Ergebnis, dass die jetzige Struktur der Union mit der Zweiteilung in Gemeinschaftskompetenzen und intergouvernementale Gremien wahrscheinlich überholt ist.

Ich nenne drei Beispiele:

Beginnen wir mit der Wirtschafts- und Währungsunion, deren politische Steuerung sich weder durch Effizienz noch durch Kohärenz auszeichnet: in ihren geldpolitischen Entscheidungen ist die Europäische Zentralbank unabhängig, aber ihr fehlt derzeit ein stabiler Ansprechpartner, der die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Gemeinschaft und



ihrer Mitglieder in ihrer Gesamtheit repräsentiert. Die jüngsten Grundzüge der Wirtschaftspolitik weisen in die richtige Richtung, aber bis zu einer wirklichen "Wirtschaftsregierung" ist es noch ein weiter Weg. Nur die mit einem Ratsmandat ausgestattete Kommission kann diese Rolle wahrnehmen: sie vertritt das Allgemeininteresse der Gemeinschaft, und nur sie kann die Wirtschaftspolitik der Union insgesamt angemessen bewerten. Jede andere Konstruktion, die zur Außenvertretung des Euro angedacht wird, kann dem Problem nicht gerecht werden. Mit Bezug auf die Außenpolitik hat der Premierminister gestern zahlreiche Wahrheiten ausgesprochen, die auch mir am Herzen liegen. Seine Ausführungen möchte ich mit meinem zweiten Beispiel aufgreifen: in der Außenpolitik - wie übrigens auch in anderen Bereichen - ist es illusorisch, von einem intergouvernementalen System Ergebnisse zu erwarten.

Hier wie auch in anderen Bereichen können Kohärenz und Globalität nur durch die Zusammenfügung beider Arme der Exekutive erreicht werden, des Rates, der beschließt, und der Kommission, die die Beschlüsse ausführt. Deswegen bin ich weiterhin der Auffassung, dass der Hohe Vertreter, der im übrigen Hervorragendes leistet, noch mehr Wirkung erzielen würde, wenn er auch Mitglied der Europäischen Kommission wäre.

Dies wäre nichts anderes als die Ausführung der beschlossenen Politik unter ständiger Kontrolle des Ministerrates. Nur einfacher, kohärenter und wirkungsvoller.

Letztes Beispiel: die Rechts- und Innenpolitik. Für die bürgerlichen Freiheiten so sensible Bereiche wie das Strafrecht oder die polizeiliche Zusammenarbeit entgehen der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle, weil sie in intergouvernementalen Gremien behandelt werden. Ist dies wirklich das Europa, das wir auf Dauer wollen?

Oft empfinde ich es als ungerecht, wenn der Union ihr Demokratiedefizit vorgeworfen wird, obwohl in manchen Politikfeldern, gegen die sich die Kritik auch richtet, die Gemeinschaftsregeln gar nicht gelten!

Generell sollten wir den Weg, Konsensbeschlüsse durch Mehrheiten zu ersetzen, konsequent zu Ende gehen. Auf diese Weise vollzieht sich nun einmal der Willensbildungsprozess in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen.

Wir müssen uns hinbewegen auf einen Entscheidungsprozess, der auf Abstimmungen



beruht. Dieses Verfahren ist effizient und für alle verständlich. Unter diesem Gesichtspunkt kann ich gar nicht oft genug wiederholen, wie sehr mich das Ergebnis des Europäischen Rates in Nizza, was die Ausweitung der Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit angeht, in Erstaunen versetzt hat.

Mehr noch aber geht es mir um die vollständige Übernahme einer echten Mehrheitskultur, in der die Entscheidungen den Willen der Mehrheit widerspiegeln, aber für alle verbindlich sind. Allzu oft streben wir auch dort noch den Konsens an, wo es ihn nicht gibt, was zu Stillstand führt. Um die Widerstände einiger weniger zu überwinden, gibt es nur einen Weg: den der Abstimmung.

Alle dauerhaften Errungenschaften in Europa wurden durch die harmonische Zusammenarbeit der Staaten und der supranationalen Organe auf der Grundlage einer bestimmten Methode erreicht: der Gemeinschaftsmethode.

Der Geniestreich der Gründungsväter bestand gerade darin, einen eigenen institutionellen Entwurf einzubringen, der in seiner Ausrichtung weder föderal noch intergouvernemental war. Gerade weil die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft das Dilemma zwischen dem "Überstaat" einerseits und dem "zwischenstaatlichen Miteinander" andererseits überwinden konnte, ist sie in die Geschichte eingegangen. Sie ist es, die zusammenführt, anstatt die Konfrontation zuzuspitzen, und in diesem Sinne ist sie auch eine Lösung für die Zukunft.

Diese - anspruchsvolle - Vorstellung hege ich sowohl als ehemaliger Ministerpräsident Italiens als auch als amtierender Präsident der Kommission von einer Debatte über die Zukunft Europas.

Eine neue Methodik der Gemeinschaft auf der Grundlage der Diskussion

Überall in Europa besteht die Möglichkeit, sich umfassend an der Diskussion zu beteiligen. Auf diese Weise können Sachverhalte erklärt und klargestellt werden, die schwierig sind oder falsch verstanden werden.

Zudem zeigen sich in der Diskussion tiefergründige Entwicklungstrends. Dies gilt beispielsweise für die Überarbeitung der in Nizza verkündeten Charta der Grundrechte. Die

Charta ist ein Zeichen dafür, dass die Union in eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung eingetreten ist: Mit ihrer Verkündung hat sich die Europäische Union endgültig von einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Union der Rechte und Freiheiten gewandelt. Diese Rechte und Freiheiten sind das Fundament der Union. Sie verleihen ihr die unabdingbare Legitimität und bilden den Ausgangspunkt für einen neuen europäischen Verfassungsgebungsprozess.

In dieser Diskussion wird bisweilen stark polarisiert, so auch bei der gegenwärtigen Debatte über die Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten. Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, denn in der Diskussion über die Zukunft Europas geht es nicht zuletzt auch darum, ein bürgerfreundliches Europa zu schaffen, in dem die Bürger eine politische Rolle auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene spielen.

In einer offenen, von Globalisierung geprägten Welt, die manch einem Furcht einflößt, sind lokale Wurzeln notwendig, und kulturell wie geschichtlich ist und bleibt die nationale Ebene ein wichtiger Rahmen. Doch ohne die europäische Ebene müssten wir mit Normen leben, die andere machen, und dies in einer Welt, die andere gestalten.

Von daher besteht der Wunsch, die Aufgabenverteilung in Europa besser zu klären. Bei der Suche nach einer Antwort darf es meines Erachtens jedoch nicht in erster Linie darum gehen, abstrakte, eng abgegrenzte oder definitive Kompetenzen festzulegen.

Anstatt Eingrenzungen jedweder Art vorzunehmen sollten wir vielmehr dafür Sorge tragen, dass sich die Entscheidungsfindung auf den verschiedenen Ebenen ergänzt.

Es gilt dem generellen Wunsch der Menschen Rechnung zu tragen, so bürgernah und effizient wie möglich regiert zu werden. In bestimmten Fällen bedarf es dazu Entscheidungen auf zentraler europäischer Ebene.

Dies entspricht dem bekannten Subsidiaritätsgrundsatz: Die Union kann und darf sich nicht um alles kümmern, sondern konzentriert sich auf strategische Aufgaben, gibt die Orientierung vor und erfüllt ihre globale Funktion.

Ich bin mir bewusst, dass beim Thema Kompetenzverteilung zwischen der nationalen Ebene und der europäischen Ebene die Gefahr besteht, dass sich die Diskussionen - und Meinungsverschiedenheiten - über den Inhalt des europäischen Projekts wiederholen.

So wird es je nach Empfinden der öffentlichen Meinung oder nach Zustand der öffentlichen Finanzen für einige darum gehen, bereits der Gemeinschaft übertragene Kompetenzen auf die nationale Ebene zurückzuverlagern oder im Gegenteil weitere Bereiche zu "vergemeinschaften".

Ich selbst werde mich ohne Hintergedanken an der Diskussion beteiligen, um zu ermitteln, wie wir unsere Ziele von Fall zu Fall am besten erreichen können - sei es mit getrennten Kompetenzen oder aber mit gemeinsamen. Dies mag zwar kompliziert erscheinen, doch wir müssen je nach Aufgabenstellung entscheiden und flexibel bleiben.

Lassen Sie mich dieses Konzept anhand des Beispiels Bildungspolitik verdeutlichen:

Es ist klar, dass für diesen Bereich in erster Linie die Mitgliedstaaten bzw. die Regionen zuständig sind. Gleichwohl kann die Union hier einen zusätzlichen Nutzen bewirken, beispielsweise durch Erleichterung von Austauschmaßnahmen, der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und der Annahme einheitlicher Bewertungsschemata für erworbene Fähigkeiten; Ermöglichung des Erfahrungsaustausches zu Themen wie dem Kampf gegen den Schulabbruch, Fortbildung, Gewalt in der Schule usw. Vergabe von Stipendien und Förderung der Einrichtung von Spitzenforschungszentren.

Abschließend möchte ich zum Thema Subsidiarität noch anmerken, dass es mir von wesentlicher Bedeutung zu sein scheint, dass die diesbezügliche Kontrolle beim Europäischen Gerichtshof verbleibt, der als unabhängige Instanz nach Vorbild der Verfassungsgerichte der Mitgliedstaaten entscheidet. Die Übertragung der Kontrolle an eine "zweite Kammer" oder an eine "Völkerkammer" wäre gemeinschaftsrechtlich gesehen ein Rückschritt und brächte sie nur der Willkür der politischen Konjunktur näher.

Dies bringt mich zu meinem dritten und letzten Punkt

### 3. Unsere Demokratie konsolidieren

Die europäische Demokratie wird sich den wesentlichen verfassungsrechtlichen Fragen, die schrittweise für die Nationalstaaten ausformuliert wurden, nicht entziehen können. Ich denke dabei insbesondere an Fragen im Zusammenhang mit der Gewaltentrennung



zwischen Exekutive, Legislative und Judikative, oder, wenn Sie mir den englischen Begriff gestatten, an den Grundsatz der "checks und balances" oder auch die Frage des Zugangs zu Steuermitteln.

Diese Fragen sind noch ungelöst. Wir müssen darauf Antworten finden, die den gleichen Ansprüchen genügen wie unsere nationalen demokratischen Traditionen. Für mich wie auch für das Kollegium, das mehrheitlich aus früheren Abgeordneten und Ministern besteht, ist dies ein absolutes Erfordernis.

Auch wenn die Fragen das klassische Verfassungsrecht betreffen, müssen wir neuartige Antworten finden. Die Vorstellung, auf die Gemeinschaftsrealität nationale Lösungen anzuwenden, ist gewiss reizvoll, dürfte aber kaum die Lösung schlechthin sein.

Eine der größten Herausforderungen, denen sich die EU stellen muss, liegt in der demokratischen Legitimierung ihrer Beschlüsse. Allen ist bewusst, dass ein solcher Bedarf besteht, aber nichts ist subjektiver.

Tatsächlich wundere ich mich immer, dass sich die Vorstellung von dem vermeintlichen Legitimationsdefizit der europäischen Institutionen so hartnäckig hält. Denn schließlich ist bekannt, dass sich der Rat aus Mitgliedern der nationalen Regierungen zusammensetzt; die Kommission von den Staats- und Regierungschefs ernannt und vom Europäischen Parlament bestätigt wird und das Parlament einen Misstrauensantrag gegen die Kommission einbringen kann; die meisten europäischen Rechtsvorschriften in den nationalen Parlamenten oder im Europäischen Parlament oder in beiden beraten werden.

Aber so werden die Dinge wahrgenommen. Der Bürger will sicher sein, dass keine Kompetenzen an Institutionen abgetreten werden, die ihm weniger verlässlich erscheinen als die ihm vertrauten nationalen Einrichtungen.

Ohne Zweifel sind unsere Institutionen zu kompliziert. Daraus ergibt sich dieser Widerspruch: Wo ganz präzise, weit reichende Gemeinschaftsbefugnisse bestehen (Wettbewerb, Außenhandel), ist die Kompetenz der Gemeinschaft unbestritten. Wo die Befugnisse eher unklar oder zu komplex sind, kann die Gemeinschaft ihre Kompetenz nur schwer behaupten.



Der Aspekt der Transparenz auf Gemeinschaftsebene ist im Übrigen eng mit einem noch komplexeren Problem verknüpft, das ich in folgende Frage kleiden möchte: Wie können wir in einer viel stärker dezentralisierten Organisation Gemeinschaftspolitik betreiben und die Bürger einbeziehen?

In der Tat erscheint es mir sehr schwierig, die Funktionsweise der europäischen Institutionen verbessern zu wollen, wenn wir nicht gleichzeitig im Rahmen der bestehenden Regeln die Mechanismen zur Beteiligung der nationalen und regionalen Körperschaften und die Mechanismen für Interaktion und dezentralisierte Verwaltung der gemeinsamen Politiken gründlich überprüfen. Dies ist das zentrale Thema des Weißbuchs der Kommission "Regieren in der Europäischen Union", das im Juli veröffentlicht werden soll.

Der andere wesentliche Aspekt beim Aufbau einer Demokratie betrifft den Zugang zu Steuermitteln. Nach meiner Überzeugung kann es keine umfassende Diskussion über die Zukunft der EU geben, wenn nicht auch die Reform der Gemeinschaftsfinanzierung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die Frage der EU-Ressourcen muss im Zusammenhang mit der Diskussion über die Subsidiarität erörtert werden: die Institutionen jeder Ebene, auf der Entscheidungen getroffen werden, müssen mit genau festgelegten und den ihnen übertragenen Aufgaben angemessenen Mitteln rechnen können.

Angesichts der bevorstehenden Erweiterung läge eine geeignete Lösung in der Schaffung einer (zu definierenden) europäischen Steuer. Dieses Thema wurde im Übrigen schon häufig angeschnitten. Die europäische Steuer würde das derzeitige System der nationalen Beiträge ersetzen, das fortwährend Konflikte zwischen den Staaten hervorruft. Lösungen gibt es; die Probleme sind weniger praktischer, als politischer Natur: dank der Konzentration der Finanz- und Wirtschaftsmärkte sind weitere Lösungsmöglichkeiten denkbar.

Die Diskussionen müssen auch den europäischen Haushalt einbeziehen, der häufig Gegenstand subjektiver, ja sogar irrationaler Kritik ist. Der Grundtenor: die EU ist teuer. Wer aber kennt die Größenordnungen wirklich? Wer weiß, dass wir für die EU noch nicht einmal 1,27 % unseres Wohlstands aufwenden, einschließlich Agrarpolitik und Strukturfonds? Zurzeit sind es eher 1,09 %.

Für die Debatte, die bereits begonnen hat und die bis zum Jahr 2004 weitergehen muss, sehe ich zwei Optionen: Einige konzentrieren ihre Überlegungen auf Sachfragen, andere legen mehr Gewicht auf institutionelle Aspekte.

Meiner Ansicht nach kann die Diskussion durchaus auf beiderlei Art angegangen werden, ich sehe darin keinen Widerspruch. Ich teile die Anliegen beider Seiten.

Wie ich eingangs sagte: Erst wenn wir Ziele formulieren, wenn wir deutlich machen, was wir unter einem politischen Vorhaben verstehen, kann die Union Gestalt annehmen. Unsere Aufgabe ist es also, zu klären, was wir miteinander unternehmen wollen, wie Lionel Jospin uns gestern Abend aufgefordert hat. Ohne ein gemeinsames Projekt, ohne eine gemeinsame Politik wird es kein starkes Europa geben.

Sobald wir die Grundlagen festgelegt haben, müssen wir unverzüglich die Schlussfolgerungen aus unseren Ambitionen ziehen: ohne starke Institutionen, die Respekt genießen, und ohne die erforderlichen Finanzmittel wird es auch kein "kraftvolles Europa" geben. Die eigentliche Gefahr für uns besteht darin, dass wir uns auf einen nahe liegenden Status quo einigen, während sich die Welt um uns herum und auch die Union verändern. Deshalb schätze ich von den jüngsten Beiträgen insbesondere den von Bundeskanzler Schröder. Mit seinem Vorstoß im Sinne einer Klärung der Rollen von Kommission und Rat schlägt er die richtige Richtung ein.

Wir dürfen auch niemals vergessen, dass es keine Demokratie geben wird, wenn wir nicht die Rollen der verschiedenen Institutionen klären und die nationale und regionale Ebene nicht am europäischen Aufbauwerk beteiligen. Fühlen sich die Bürger nicht auf der lokalen, nationalen und europäischen Ebene politisch betroffen, wird es niemals eine breite Zustimmung der Bevölkerung zur EU geben.

Diese beiden Ansätze miteinander zu verbinden, das ist mein Bestreben. Dies muss auch unser Ziel für die Diskussion bis zum Jahr 2004 sein.